



Vertrag von Lissabon mit 515 Stimmen im Deutschen Bundestag angenommen!

Der Deutsche Bundestag hat am 24. April 2008 über die Ratifizierung des Lissabon-Vertrages entschieden. In drei namentlichen Abstimmungen legten die Bundestagsabgeordneten die gesetzliche Grundlage fest, die die von deutscher Seite aus notwendigen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Vertrages schaffen.

„Die erste Etappe zur Ratifizierung ist geschafft. Durch die Ergänzung unseres Grundgesetzes sind die Mitwirkungsrechte des Bundestages und des Bundesrates gegenüber den Organen der EU gestärkt worden. Damit sind der deutsche Bundestag, aber auch die übrigen nationalen Parlamente die Gewinner des Vertrages von Lissabon, weil sie – anders als beim abge-

lehnten europäischen Verfassungsvertrag – wesentliche Mitwirkungsrechte erhalten.“, betont MdB Ingo Wellenreuther die Bedeutung des Vertrags und weist darauf hin, dass das Zustandekommen des Vertrags von Lissabon in besonderem Maße der deutschen Ratpräsidentschaft zu verdanken ist. Gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes sollen Bundestag und Bundesrat künftig das Recht erhalten, eine sogenannte Subsidiaritätsklage zu erheben, wenn sie einen Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip feststellen. Auch soll künftig ein Viertel der Abgeordneten ausreichen, um vor dem Europäischen Gerichtshof eine Subsidiaritätsklage erheben zu können. Bisher konnte nur die Bundesregierung eine sol-

che Klage einreichen. Das Subsidiaritätsprinzip bedeutet, dass die EU nur dann handeln darf, wenn Ziele und Maßnahmen von den Mitgliedstaaten selbst nicht ausreichend verwirklicht werden können – weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene.

„Dieses Abkommen gibt der Europäischen Union eine einheitliche Struktur und Rechtspersönlichkeit“, erläutert Wellenreuther weiter, der als Mitglied des Innenausschuss Berichterstatter für dieses Thema ist. „Durch den Reformvertrag wird Europa demokratischer, schlanker und effizienter.“

Der Vertrag von Lissabon muss in allen Mitgliedstaaten der EU ratifiziert werden, bevor er wie geplant am 01. Januar 2009 in Kraft treten kann. Für die endgültige Ratifizierung durch Deutschland muss nun noch der Bundesrat am 23. Mai 2008 das Abkommen billigen und Bundespräsident Horst Köhler die Vorlage unterzeichnen. ■



Foto: Bundesregierung/Kugler

Veranstaltung der CDU Karlsruhe zum Thema Jugendgewalt/-kriminalität

Gewalt vorbeugen - Täter spürbar bestrafen!

Vielseitiger und umfassender konnte man sich wohl kaum über das Thema Jugendgewalt/Jugendkriminalität informieren als bei der Veranstaltung der CDU Karlsruhe am 01. April 2008 im Hoepfner Schallender. 13 Experten aus allen relevanten Bereichen schilderten Fakten und Eindrücke aus ihrer täglichen Arbeit im Umgang mit Kindern und Jugendlichen, analysierten Ursachen, benannten Risikofaktoren, stellten Konzepte zur Prävention vor und diskutierten sachlich verschiedene Ansätze zur Lösung der Problematik.

Zu Beginn der Veranstaltung hatte der CDU Kreisvorsitzende Ingo Wellenreuther MdB klar gestellt, dass es nicht darum ginge, die heutige Jugend schlecht zu machen, die es aufgrund gesteigerter Leistungsanforderungen, vielfältiger Ablenkungsmöglichkeiten und höheren Konkurrenzdrucks schwerer habe als früher. Gleichzeitig sei aber eine Steigerung schwerer Gewalttaten durch Jugendliche festzustellen, wobei es nicht helfen würde, die Probleme zu verharmlosen oder gar zu verschweigen. Um das Problem in den Griff zu bekommen müsse der Schwerpunkt auf vorbeugende Maßnahmen gelegt werden, wengleich auch klar sei, dass es Jugendliche und Familien gebe, die der staatlichen Fürsorge nicht zugänglich seien. „Gegen uneinsichtige jugendliche Straftäter muss daher auch konsequent und zügig vorgegangen werden. Es darf nicht sein, dass Bürger öffentliche Verkehrsmittel und bestimmte Gebiete in der Stadt aus Angst vor Jugendgewalt meiden müssen“, so Wellenreuther. Zudem sei auch stärker der Blick auf die Opfer zu richten, die zum Teil ihr Leben lang unter einer Straftat leiden müssten.

In der anschließenden Gesprächsrunde schilderte zunächst Erster Hauptkommissar Hans-Peter Pott die Erkenntnisse der Kriminalpolizei in Karlsruhe und erläuterte den Begriff der so genannten Intensivtäter: „Das sind 5% der Täter, die 30 bis 40% der Straftaten verüben. In Karlsruhe seien dies 26 Jugendliche, 20 davon haben einen Migrationshintergrund.“ Hinzu kämen 25 so genannte Schwellentäter, die gefährdet seien, in die Gruppe der Intensivtäter abzurutschen.

Björn Weiße, Leiter des städtischen Bürgerservice und Sicherheit (BuS), stellte verschiedene Maßnahmen des BuS vor, die jedoch nur flankierende Maßnahmen zur Sozialarbeit der Stadt sein könnten. So würden anlassbezogene Alkoholverbote wie z. B. bei „Das Fest“ ausgesprochen, so genannte Flat-Rate-Parties untersagt oder in Abstimmung mit Tankstellenbetreibern der Verkauf von Alkohol nach 24 Uhr verboten. Geplant sei auch eine „Gelbe-Karten-Aktion“, wonach Jugendlichen, die wegen Alkoholmissbrauchs aufgefallen seien, im Wiederholungsfall untersagt werden könnte, den Führerschein zu erwerben.

Oberstaatsanwalt Dr. Martin Schacht hielt eine schnelle Bearbeitung von Fällen für besonders wichtig und forderte ausreichend Personalressourcen bei Polizei und Justiz. Zwar sei die Lage in Baden-Württemberg noch relativ gut, aber

auch ein Sachbearbeiter in der Jugendabteilung bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe habe 150 bis 200 Verfahren im Monat zu bewältigen.

Der Vorsitzende der CDU Gemeinderatsfraktion Wolfram Jäger berichtete aus seiner Funktion als Richter im Jugendschöffengericht am Amtsgericht Rastatt, dass 90% der jugendlichen Täter vor dem Jugendschöffengericht aus allein erziehenden Familien kommen. Schockierend sei für ihn, dass sehr viele Eltern noch nicht einmal zu Gerichtsverhandlung ihres Kindes erscheinen würden. Er sehe daher in erziehungsunwilligen Eltern ein sehr großes Risiko. Jäger hielt den Täter-Opfer-Ausgleich für ein wichtiges rechtliches Instrument, um dem jugendlichen Straftäter die Auswirkungen seines Fehlverhaltens deutlich vor Augen zu führen.

Auch die Leiterin der Jugendgerichtshilfe, Traute Zapf, berichtete davon, dass es manchmal schwierig sei, einen Zugang zu den Eltern zu finden. Sie hielt eine schnelle Reaktion für bedeutsam, die vor allem aus der unmittelbaren Umgebung des jugendlichen Straftäters - z. B. von den Eltern oder aus der Schule - kommen solle, da dies bei den Jugendlichen „ankommen“ würde.

Für Leonhard Christ, Sozialarbeiter in der Jugenduntersuchungshaft der JVA Rastatt, ist Alkoholmissbrauch ein immer stärkeres Problem. Er bremste Erwartungen an die Forderung, dass eine Hafterfahrung hilfreich sei zur Besserung des jugendlichen. „3 Tage, nachdem der Jugendliche aus der Haft entlassen wurde, ist der Haftgedruck oftmals verblasst oder sogar verschwunden.“ Er war der Überzeugung, dass bei keinem einzigen jugendlichen Straftäter „Hoffen und Malz verloren sei.“

Michael Weiß, der Leiter einer Sondereinrichtung im Schloss Stutensee, plädierte für eine deutliche Stärkung der Jugendhilfe und bezog sich auf eine Studie der Universität Mainz. Danach bringe 1 Euro Ausgaben in der Jugendhilfe einen Nutzen von 3 Euro z. B. in Form von verhinderten Schäden. Er sprach sich für kleinere Schulklassen aus und für eine stärkere Förderung von Kindern und Jugendlichen durch z. B. ausreichend Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

Die Schulleiterin der Parzival-Schulen, Melanie Reveriego, betonte, dass es besonders wichtig sei, möglichst früh bei Kindern mit der Präventionsarbeit anzusetzen. Sie wies auf die schlimmen Schicksale hin, denen viele Kinder und Jugendlichen ausgesetzt seien: „Kinder sind oft auf sich alleine gestellt, sie haben kein behütetes Umfeld und entstammen z. B. dem Rotlicht-Milieu.“ Die Parzival-Schulen böten neuerdings einen Lebenskundeunterricht, mit dem den Schülern beigebracht werden solle, was man mit seinem Leben „anfangen“ könne.

Der soziale Dienst der Stadt Karlsruhe gehe auf Familien zu und nehme frühzeitig Kontakt mit noch strafunmündigen Kindern auf, so deren Leiter, Reinhard Niederbühl. Wichtig sei ihm auch der Opferschutz, da Kinder, die Gewalt anwenden, selbst oftmals schon Opfer von (Familien-)Gewalt geworden sein. Daher habe ein guter Opferschutz auch präventiven Charakter.

Reinhold Buhr, der 1. Vorsitzende des Vereins für Jugendhilfe Karlsruhe, hielt Alkohol- und Drogenmissbrauch für eine wesentliche Ursache von Jugendkriminalität.

Der Pädagoge Peter Nold stellte das Anti-Aggressivitätstraining vor, das im Verein für Jugendhilfe seit 1999 durchgeführt wird. Über die Biographie des Jugendlichen würde zunächst die Ursache der Gewalt erforscht. Das Training, zu dessen Teilnahme das Gericht den Jugendlichen per Auflage verpflichten könne, finde mit 6 Teilnehmern statt und dauere 3 bis 6 Monate. Bemerkenswert war, dass ein derartiges Training im letzten Jahr zum ersten Mal für jugendliche Mädchen durchgeführt worden sei.

Der Theologe, Journalist und CDU Stadtrat Dr. Albert Käuflein nannte als Ursache für Jugendkriminalität das Dreieck „Armut - Bildungsdefizite - Erziehungsdefizite“ und formulierte fünf Handlungsfelder für die Politik. Notwendig sei eine Stärkung der Beratung und Hilfen für Familien. Eine gute Bildung sei die Grundlage, um jugendlichen Perspektiven zu ermöglichen. Zudem sei Integration sehr wichtig, da sie präventiv wirke, und auch eine intensive Jugendarbeit z. B. in Vereinen und Jugendtreffs. Schließlich sei ein funktionierender Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bedeutsam.

Der Geschäftsführer des Stadtjugendausschusses Karlsruhe, Klaus Pistorius, stellte drei Thesen auf: „Erstens: Prävention vor Sanktion. Zweitens: Miteinander reden, nicht übereinander. Und drittens: jungen Menschen müssen Zukunftsperspektiven erhalten.“

In der anschließenden Diskussion wurde von Seiten der Jungen Union eine stärkere Videoüberwachung in Straßenbahnen und Kriminalitätsschwerpunkten im öffentlichen Raum gefordert. Herr Pott von der Kripo Karlsruhe bestätigte, dass im so genannten „Bermuda-Dreieck“ zwischen Europaplatz, Hirsch- und Amalienstraße 10% aller Gewalttaten in Karlsruhe verübt würden, obwohl dieser Bereich nur 0,14% der Gesamtfläche Karlsruhes ausmache. Eine Videoüberwachung in diesem Gebiet sei daher aus polizeilicher Sicht ein hilfreiches Instrument.

In der Veranstaltung wurde deutlich, dass sich Staat und Gesellschaft bereits eine intensive Sozial- und Jugendarbeit betreiben, um dem Problem Jugendgewalt/Jugendkriminalität Herr zu werden. Auch Polizei und Justiz gehen sehr sorgsam mit dem Thema um und haben den jugendlichen Menschen mit seinen besonderen Bedürfnissen im Blick. Dennoch bleibt es eine Daueraufgabe von Staat und Politik, Lösungsansätze für dieses gesamtgesellschaftliche Problem zu suchen. Dazu hat die Veranstaltung der CDU Karlsruhe einen hervorragenden Beitrag geleistet. Der Kreisvorsitzende Ingo Wellenreuther sicherte abschließend zu, dass sich die CDU auch weiterhin dem Thema Sicherheit für die Bürger in Karlsruhe in hohem Maße widmen werde.

Marcus Hartmann, Pressereferent



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

die Vorwürfe des Populismus und der Wahltaktik wurde gegen die angeblich unseriösen Steuersenkungspläne der CSU mit Empörung vorgebracht. Der Aufschrei gegen die Pläne war laut - zu laut. Es ist nämlich vollkommen richtig, nicht nur über höhere Hartz-IV-Sätze oder mehr Wohngeld zu diskutieren, sondern auch über Entlastungen für die Leistungsträger unserer Gesellschaft, für Erwerbstätige mit kleineren und mittleren Einkommen, für Familien und auch für den Mittelstand nachzudenken. Die Forderung, dass „derjenige, der arbeitet, mehr haben muss als derjenige, der nicht arbeitet“, klingt zwar simpel und abgedroschen zugleich, ist aber zweifellos berechtigt, leider jedoch noch nicht ausreichend Realität.

Die Union positioniert sich deshalb richtig, wenn sie „Mehr Netto vom Brutto“ verlangt. Diese Forderung sollte nicht mit dem Verweis auf Unfinanzierbarkeit oder dem Vorrang der Haushaltskonsolidierung zu leichtfertig abgetan werden. Natürlich ist es wichtig, das Ziel des ausgeglichenen Haushalts nicht aus den Augen zu verlieren. Wann, wenn nicht in Zeiten guter Konjunktur, einer positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt und darauf basierend bei sprudelnden Steuereinnahmen sollte der Staat keine neuen Schulden mehr machen? Die zu erwartenden Steuermehreinnahmen sind aber auch zugleich der richtige Anlass, darüber nachzudenken, diejenigen weniger zu belasten, die für diese Einnahmen ganz wesentlich verantwortlich sind.

Allerdings sollten nicht allein die Steuern gesenkt werden. Darüber hinaus muss auch der begonnene Weg der Senkung der Sozialversicherungsbeiträge zur weiteren Stärkung unserer Wirtschaft weiter gegangen werden. Besonders für unseren Mittelstand war es entscheidend wichtig, dass sich der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 6,5% noch im Jahr 2006 auf 3,3% zum Beginn dieses Jahres nahezu halbiert hat.

Weiterer Spielraum innerhalb der Sozialversicherungen ist vor allem im Bereich der Krankenversicherung zu sehen. Hier ist in den letzten Jahren unter Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) keine zukunftsweisende Reform heraus gekommen. Der für

das kommende Jahr geplante Gesundheitsfonds ist die Spitze dieser negativen Entwicklung. Der richtige Weg im Gesundheitssystem liegt in der Stärkung der Prinzipien „Mehr Eigenverantwortung und mehr Wettbewerb“ und auf der Finanzierungsseite in der verstärkten Finanzierung des Systems durch Steuern. Auch hierzu hat die Union bereits richtige Ansätze geliefert, an denen wir festhalten sollten - weil es den richtigen Grundprinzipien unserer Politik entspricht und weil wir damit die Menschen in unserem Land, die unsere Gesellschaft tragen, erreichen. Das sollte uns nicht nur, aber auch mit Blick auf das Wahljahr 2009 besonders wichtig sein.



Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden weiter stärken

Auch wenn der Vorschlag von Ministerpräsident Günther H. Oettinger zu einer Aufteilung des Flugverkehrs im Land insbesondere von den Fluggesellschaften kritisch gesehen wird, so ist doch die darin zum Ausdruck kommende Zielrichtung, die vorhandenen Flugkapazitäten im Land besser aufeinander abzustimmen, sinnvoll. Ich begrüße es, wenn über den Flughafen Karlsruhe Baden/Baden mehr Flüge abgewickelt werden sollen, und befürworte die damit verbundene stärker

re Nutzung des Baden-Airports innerhalb eines Luftverkehrskonzepts des Landes.

In diesem Zusammenhang habe ich aber auch die Forderung der CDU Karlsruhe nach einem eigenem Autobahnanschlusses an der A 5 für den Baden-Airpark erneuert, um die positive wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens Karlsruhe/Baden-Baden weiter voranzubringen. Dadurch würde sich die Anfahrtszeit verringern, die Erreichbarkeit des Flughafens würde verbessert und das regionale Kundenpotenzial erhöht. Auch eine Anbindung an das Schienennetz ist notwendig.

Herzliche Grüße
Ihr

Ingo Wellenreuther MdB
Kreisvorsitzender

CDU Daxlanden: Ostergruß auf dem Marktplatz

Am Gründonnerstag, pünktlich um 9.00 Uhr, fanden sich die Vorstandmitglieder der CDU Daxlanden auf dem Kirchplatz ein, um den Marktbesuchern und in umliegenden Geschäften einen kleinen Ostergruß in Form eines Ostereis zu überreichen. Für süße Liebhaber gab es Schokohase am Stiel.

Wegen der bevorstehenden Feiertage herrschte reger Betrieb, die Sonne schien und so wurden unsere 250 Präsente ruck-zuck an den Mann, bzw. Frau und Kind gebracht.

Zuspruch und Zustimmung erfuhren wir in vielen Gesprächen und so ergab sich ein kurzweiliger Vormittag für unsere Vorstandmitglieder, ebenso für unseren Kreisvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Ingo Wellenreuther, der es sich nicht nehmen ließ, persönlich diese Aktion zu unterstützen.

Es zeigte sich wieder wie wichtig es ist, auch außerhalb der Wahlkämpfe vor Ort zu sein.

Die CDU Daxlanden wird diese Aktionen daher auch in Zukunft durchführen.. ■



Tag der offenen Tür am 31. Mai 2008

GESTATTEN, BESTATTER!

Warum muss eine Bestattung so teuer sein? Ist das ganze Bestattergewerbe eine Herde schwarzer Schafe? Treten Sie näher und lernen einen Branchenvertreter kennen. Sehen Sie sich um, hören Sie zu, stellen Sie Fragen: Beim Tag der offenen Tür am 31. Mai 2008 von 11 bis 17 Uhr in der Gerwigstraße 10. Mit dabei: Michael Schomers, der aus seinem Buch „Todsichere Geschäfte“ liest.

TRAUERHILFE STIER

Telefon (07 21) 9 64 60 10 · www.trauerhilfe-stier.de

Rudolph
Wir bauen für Sie

- Rohbauarbeiten
- Balkonsanierung
- Betonsanierung
- Kellerabdichtung
- Pflasterarbeiten
- Umbauarbeiten

Kompetent seit 70 Jahren!

Rudolph Bauunternehmung GmbH
Windeckstraße 13, 76135 Karlsruhe
Tel.: 0721/86 51 21, Fax: 0721/86 26 68
www.rudolph-bauunternehmung.de

Aktion Osterei in Grötzingen

Trotz Schauerwetters haben sich am Karsamstag einige Ortschaftsräte und Vorstandsmitglieder vor dem EDEKA-Markt in Grötzingen eingefunden, um an Passanten Ostergrüße zu verteilen. Neben dem traditionellen Ei gab es in diesem Jahr einen „Frohe Ostern“ Flyer mit Kontak-

tadresse für Interessierte. Gleichzeitig wurde am Stand mit kleinen Postern für das Expertengespräch Jugendkriminalität geworben. Wie in früheren Jahren wurden dabei Gespräche geführt und somit auf unkomplizierte Art und Weise der Kontakt zur Bevölkerung gepflegt.



CDU Nordstadt verschenkte Ostereier

Das unfreundliche Wetter zum Frühlingsanfang hielt die CDU Nordstadt nicht davon ab, sich am Gründonnerstag mit herzlichen Ostergrüßen zu präsentieren. Mit einer Vielzahl bunter Ostereier wünschten der Ortsvorsitzende David Ruf, Schatzmeister Justus Arne Schwarz und Pressesprecher Frank Dördelmann an ihrem Stand in der Erzbergerstraße den Bürgerinnen und Bürgern der Nordstadt ein frohes Osterfest und nutzten die Gelegenheit ins Gespräch zu kommen.

„Wir möchten uns mit dieser Aktion - einmal ganz ohne Wahlkampf - als Ansprechpartner bekannt machen, ein offenes Ohr für die Bürgerinnen und Bürger haben und in ihrem Gedächtnis bleiben“, erklärt David Ruf, der hinzufügt: „Die bunten Ostereier fanden reißenden Absatz. Es freut uns sehr, dass die Ostergrüße der CDU auf so positive Resonanz bei der Bevölkerung trafen.“
Frank Dördelmann, Pressesprecher

Ostereieraktion der CDU Waldstadt

Das nasskalte Wetter am Karsamstag lud nicht gerade zum Verweilen ein, aber der Ostergruß der CDU Waldstadt wurde von den Bürgern im Waldstadtzentrum doch gerne entgegen genommen. Und durch den ebenfalls verteilten Flyer mit aktuellen politischen Themen in und aus der Waldstadt entwickelte sich im Nieselregen doch so manches ungezwungene politische Gespräch.

Allzu lange mussten die fleißigen Helfer der CDU Ortsverbands dem Wetter auch nicht trotzen: innerhalb von 1 1/4 Stunden waren alle 360 bunten Ostereier an die Bevölkerung verschenkt. Somit hat sich die erfolgreiche CDU-Aktion auch in diesem Jahr wieder vollauf gelohnt!

Marcus Hartmann, Vorsitzender



Platzbenennung in Oberreut

Der Platz westlich vor dem Ökumenischen Gemeindezentrum in Oberreut war bisher ohne Namen. Auf Initiative des CDU-Ortsverbands beantragte die CDU-Gemeinderatsfraktion, den Platz nach Pater Alfred Delp zu benennen. Der Gemeinderat stimmte dem Vorschlag zu.

Mitte April 2008 wurde der Platz nun offiziell an die Bevölkerung übergeben. Stadtrat Manfred Bilger konnte - im Namen des Ortsverbands und dessen Vorsitzender Isolde Haller - auch Ersten Bürgermeister Siegfried König und Stadträtin Marianne Krug begrüßen.

Der Mannheimer Jesuitenpater Dr. Andreas Falkner erläuterte die Biografie Alfred Delps. Alfred Delp wurde 1907 in Mannheim geboren, trat 1926 in den Jesuitenorden ein und wurde 1937 zum Priester geweiht. Er war Mitarbeiter der Zeitschrift „Stimmen der Zeit“ und trat 1942 dem Kreisauer Kreis bei. Im Juli 1944 wurde Alfred Delp verhaftet und am 2. Februar 1945 hingerichtet. Sein Engagement im Kreisauer Kreis, sein Wirken als Jesuitenpater und seine christlich-soziale Weltanschauung genügten dem Volksgerichtshof zur Verurteilung wegen Hoch- und Landesverrats.

Nach der Enthüllung des Schildes „Alfred-Delp-Platz“ segnete Pfarrer Bernhard Feger von der katholischen Pfarrei St. Thomas Morus den Platz zum Abschluss.
Kerstin Rudolph

Erste Zusammenkunft nach der Neuwahl in Weiherfeld-Dammerstock

Nachdem ich am 1.2.2008 zur Vorsitzenden des Ortsverbandes Weiherfeld-Dammerstock gewählt wurde, lud ich die Mitglieder zu einer ersten Aussprache zu mir ein. Zu dieser Zusammenkunft erschienen: Mein Stellvertreter und verdientes Mitglied, Reinhard Winkler, Stadtrat a.D., Gerda Meon, Sandra Kessel, Anja

Tessin, Dr. Gerhard Schenk, Rudolf Schmitt, Gerhard Landwehr und Wolfgang Metzger sowie Stadträtin Christiane Staab als Gast aus dem Ortsverband Rüppurr.

In dieser Gruppe entstand ein spontanes Gespräch aus persönlichen Erfahrungen mit Themen wie z.B. die Familie in der heutigen Gesellschaft und früher, die besondere Stellung der jüngeren Frauen in Familie, Gesellschaft und Beruf.

Das Überangebot an Informationen, Ideologien und die Überforderung vieler durch Beruf und Familie mit Kindern führten zu einem Dialog über die Lage unserer Gesellschaft von heute. Das Fazit dieser Gespräche mündete in der Feststellung, dass viele vor allem junge Menschen zu einer menschlichen, persönlichen Begegnung nicht mehr bereit oder in der Lage sind. Als allgemeine Überzeugung unserer Gesprächsrunde stellte sich heraus, dass wir in persönlichen Gesprächen und gemeinsamen öffentlichen Auftritten Menschen überzeugen wollen und für uns gewinnen möchten.

Zu einer nächsten Zusammenkunft laden wir am Dienstag, den 24. Juni 2008 um 19.30 Uhr zu einem lebhaften Gedankenaustausch recht herzlich ein. Außer unseren CDU Mitgliedern würden wir sehr gerne Bewohnerinnen und Bewohner aus unseren Stadtteilen begrüßen, die Interesse an unserer Arbeit haben. Der Ort des Treffens ist noch offen, eine persönliche Einladung folgt.

Isolde Meyer, Vorsitzender

KINETA
i-seating®

Jeder Mensch sitzt anders. Aber mit KINETA immer intuitiv richtig. Durch optimale Anpassung mit dem intelligenten „Self Control System“. So wird i-seating möglich - intuitiv richtiges Sitzen für jeden Nutzer.

Freiäume für Leistung **KÖNIG + NEUFATH**

Weitere Informationen und Beratung
h+h **Hief + Heinzmann KG**
Büro + Objekt
Wattstraße 1 · 76185 Karlsruhe
Telefon (0721) 972 27-0
Telefax (0721) 9 7227-40
E-Mail: info@hief-heinzmann.de

CDU-Ortschaftsratsfraktion im Gespräch mit Bürgermeisterin Margret Mergen



Das Fischessen in der Karwoche ist für die CDU-Fraktion des Neureuter Ortschaftsrates ein wichtiger, wiederkehrender Termin. Umso erfreulicher war es für Fraktionsvorsitzenden Rolf Meinzer, für dieses Arbeitsessen Wirtschafts- und Finanzbürgermeisterin Mergen zu gewinnen. Er bedankte sich herzlich für ihr Kommen und die Anwesenheit der gesamten Ortschaftsratsfraktion. Ganz besonders hieß er den Vorsitzenden der Neureuter CDU Herbert Böllinger, Stadträtin Gabriele Luczak-Schwarz und Stadtrat Rainer Weinbrecht willkommen. Diese Veranstaltung - seit 1998 - stellt hin ein wichtiger Informationsaustausch der Ortschaftsräte mit Karlsruher Entscheidungsträgern

dar. Rolf Meinzer verdeutlichte, dass bereits einige Ziele für die Neureuter Bürgerinnen und Bürger erreicht wurden, z.B. die Sanierungsmaßnahmen in den Sporthallen im Schulzentrum, den Bau der Querspange hinter dem Hauptfriedhof und die zügige Bebauung in Kirchfeld-Nord. Es ist der CDU Neureut und der Fraktion weiterhin ein Anliegen für die Beibehaltung der Ortschaftsverfassung zu kämpfen, damit die Verwaltung dem Bürger nah bleibt, mit ausreichenden Kompetenzen und fachlichen Fähigkeiten ausgestattet.

Im Hinblick auf die angespannte Haushaltslage Karlsruhes wird die CDU Neureut ihre Ziele mit Augenmaß verfolgen. Auf der Agenda stehen die erforderlichen weiteren Sanierungsschritte für die Südschule, die Erweiterung bzw. Ausbau des Adolf-Ehrmann-Bades, die Kooperation Kindergärten-Schulen-Firmen sowie der Erhalt bzw. Ausbau des Jugendzentrums. ■

C. Portabales GmbH

MALERFACHBETRIEB

Wir führen aus:

- Maler- und Tapezierarbeiten
- Fassadenanstriche
- Betonsanierung
- Wärmedämmung
- Dekorative Wandgestaltung
- Beschriftungen

Für Beratungen stehen wir Ihnen stets zur Verfügung.

Sophienstr. 56 · 76133 Karlsruhe · Tel. 07 21 / 2 73 64 · Fax 2 41 11

Internet: www.portabales.de · eMail: info@portabales.de

Gemeinsame Aktion der JU Süd-Ost und CDU Stupferich „Was kommt nach der Schule? Ausbildung und Zukunftschancen in der Technologieregion Karlsruhe“

Am Donnerstag, den 10. April 2008, fand im Foyer des Gemeindezentrums in Stupferich eine gemeinsame Veranstaltung der CDU Stupferich und der JU Süd-Ost statt. Als Referentin zum Thema „Was kommt nach der Schule? Ausbildung und Zukunftschancen in der Technologiere-

Abschließend bedankten sich Herr Lukaschewsky und Herr König bei Frau Mergen für ihre interessanten Ausführungen und die rege Teilnahme der Besucher.



gion Karlsruhe“, sprach Wirtschaftsbürgermeisterin Margret Mergen.

Nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden der CDU Stupferich, Wolfgang Lukaschewsky, führte dieser in das Thema ein und begrüßte hierbei auch den Vorsitzenden der JU Süd-Ost, Marc König, Stadtrat Sven Maier sowie den Ortsvorsteher von Stupferich, Rolf Doll.

In ihren Ausführungen hob Frau Mergen besonders hervor, dass die Technologieregion Karlsruhe im Hochtechnologie-Sektor hervorragend aufgestellt ist. Jeder 5. Arbeitsplatz befindet sich in diesem Bereich. Auch die Hochschulstruktur ist hervorragend. In Karlsruhe findet man neben der Elite-Universität, die Hochschule Karlsruhe Technik und Wirtschaft, die Kunsthochschule, die Berufsakademie, die Pädagogische Hochschule sowie die Merkur-Akademie in privater Trägerschaft. Mit dieser Hochschuldichte kann sich Karlsruhe mit Großstädten wie Berlin und München messen lassen.

Da es in Karlsruhe viele mittelständische Unternehmen gibt, ist der Arbeitsmarkt nicht von einem einzigen Großunternehmen abhängig. Dadurch gibt es Arbeitsplätze in vielen verschiedenen Sektoren.

Frau Mergen betonte ebenfalls, dass Bildung immer wichtiger wird, um auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können. Die „Null-Bock-Einstellung“ war gestern, Eigeninitiative wird von den jungen Menschen gefordert. Auch legte sie den anwesenden Jugendlichen ans Herz, bei ihrer Berufswahl sich nicht allein auf finanzielle Aspekte zu konzentrieren, sondern sich an seinen beruflichen Interessen zu orientieren.

Im Anschluss an den Vortrag fand eine Diskussion statt, in der die Probleme der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Bereich der Ausbildung erörtert wurden.

...der richtige Partner...

HERRMANN
HAUSTECHNIK

Sanitär · Heizung · Blechnerei · Klima · Solar · Elektro

Besuchen Sie uns im Internet:
www.herrmann-durlach.de

Pforzheimer Straße 15 · 76227 Karlsruhe-Durlach
Telefon 0721/94365-0 · Telefax 0721/94365-50

Türen und Fenster zum Wohlfühlen

Wer Wert auf preiswerte Qualität legt, kommt zu **Jäger, dem Türenspezialisten.**

Bei uns finden Sie:

- Haustüren • Innentüren
- Fenster • Glas Türen • Sicherheitstüren

Jäger

DER TÜRENSPEZIALIST

Unterer-Dammweg 3
76149 Karlsruhe (Neureut)
Fon (07 21) 97 04 60 • Fax 78 70 66
info@jaeger-tueren.de • www.jaeger-tueren.de

Bücherverbrennung

Antrag der Stadträte Wolfram Jäger, Christiane Staab, Marianne Krug und Dr. Hans-Jürgen Vogt vom 9. April 2008

Die Stadt Karlsruhe richtet auf dem Schlossplatz eine zentrale Gedenkstelle zur Erinnerung an die Bücherverbrennung vom 17. Juni 1933 ein.

Begründung:

Im Jahr 2008 jährt sich der Tag der Bücherverbrennung, der Höhepunkt der „Aktion wider den undeutschen Geist“, zum 75. Mal. Auf Initiative der nationalsozialistisch dominierten „Deutschen Studentenschaft“ wurden am 10. Mai 1933 zeitgleich auf dem Berliner Opernplatz und in vielen weiteren deutschen Städten unzählige Bücher von Autoren wie Heinrich Mann, Erich Kästner, Sigmund Freud, Erich Maria Remarque, Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky verbrannt. In einigen Städten wurden Verbrennungen bereits vor dem 10. Mai durchgeführt oder aufgrund schwerer Regenfälle später nachgeholt. Zudem kam es in weiteren Städten zu „nachahmenden“, d.h. nicht studentischen Bücherverbrennungen.

Eine solche nicht studentische Verbrennung fand in Karlsruhe am 17. Juni 1933 im Rahmen einer Sonnwendfeier auf dem Schlossplatz statt. Diese war zugleich der Auftakt zu einer „Säuberungswelle“ der Karlsruher Bibliotheken; allein in der Stadtbibliothek wurden über 3.000 Werke von Autoren, die von



den Nazis verfeimt wurden, insbesondere von pazifistischen, katholischen, konservativen, jüdischen, marxistischen und anderen Schriftstellern, vernichtet.

In vielen Städten, zum Beispiel in Bremen, Frankfurt, Göttingen, Köln und Landau, erinnern Gedenk- oder Texttafeln an die Bücherverbrennungen im Jahr 1933. Sie sind zugleich ein Mahnmal für die nachfolgenden Generationen und weisen auf die Gräueltaten der Nazi-Diktatur hin.

In Karlsruhe gibt es bisher keine zentrale Gedenkstelle. Die CDU-Fraktion setzt sich daher dafür ein, dass auch in unserer Stadt am Ort der Bücherverbrennung auf dem Schlossplatz eine offizielle Gedenkstätte, beispielsweise in Form einer Bodenplatte, eingerichtet wird. Die Stadtverwaltung sollte insofern alles Erforderliche in die Wege leiten.

HaLT - Hart am Limit

Antrag der Stadträte Wolfram Jäger, Andreas Erlecke, Bettina Meier-Augenstein, Rainer Weinbrecht und Manfred Bilger vom 9. April 2008

Die Stadtverwaltung holt Informationen zum Projekt HaLT - Hart am Limit ein und entwickelt ein Konzept zur Umsetzung von HaLT in Karlsruhe.

Begründung:

HaLT - Hart am Limit ist ein Modellprojekt des Bundes und wurde 2003 ins Leben gerufen. Entwickelt wurde es in der Villa Schöpflin im Landkreis Lörrach, einem Zentrum für Suchtprävention des Baden-Württembergischen Landesverbands für Prävention und Rehabilitation. HaLT will dem exzessiven Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen möglichst frühzeitig und präventiv begegnen und zugleich die Kommunen bei der Durchführung geeigneter Maßnahmen im Bereich der Alkoholprävention unterstützen. Auch in Karlsruhe ist bei Kindern und Jugendlichen ein Trend zu vermehrtem und riskantem Alkoholkonsum zu beobachten. Dies bestätigt beispielsweise auch die Antwort der Stadtverwaltung auf unseren Antrag vom 20. Februar 2008 zum Erlass eines weitergehenden Alkoholverbots. Danach sei laut Mitteilung des Polizeipräsidiums in der Karlsruher Innenstadt vor allem in den Nächten an den Wochenenden eine Häufung von Ordnungsstörungen, massiven Auseinandersetzungen und Straftaten zu verzeichnen; regelmäßig sei bei den betroffenen Personen ein überhöhter Alkoholeinfluss festzustellen. Nach Ansicht der CDU-Fraktion ist es besonders wichtig, die Präventionsarbeit zu verstärken. HaLT kann hier wertvolle Hilfestellungen geben. Seit Anfang 2007 werden die Ergebnisse des Pilotprojekts in Lörrach anderen Kommunen und Fachkräften zur Verfügung gestellt. Zudem werden Interessierte mit Hilfe von Schulungen und Beratertagen bei einer Umsetzung von HaLT unterstützt.

Nach Meinung der CDU-Fraktion ist HaLT ein wirkungsvolles und nachhaltiges Projekt. Es würde die bereits etablierten Maßnahmen wie den Einsatz von Jugendschutzteams oder die Aktion „Sicheres Nightlife“ sinnvoll und entscheidend ergänzen. Die Stadtverwaltung sollte daher ein entsprechendes Umsetzungskonzept erarbeiten und dieses den zuständigen gemeinderätlichen Gremien vorlegen. Die möglicherweise anfallenden Kosten sollten hierbei ebenfalls erläutert und eine Mitfinanzierung durch zum Beispiel Krankenkassen geprüft werden.

CDU-Fraktion hält an Stadionausbau fest

Pressemitteilung vom 15. April 2008

Die CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe steht nach wie vor hinter dem geplanten Umbau des Wildparkstadions in eine moderne, zukunftsfähige Fußballarena. „Der Umbau ist dringend erforderlich, damit Profi-Fußball auch künftig in Karlsruhe stattfinden kann“, sagt Fraktionsvorsitzender Wolfram Jäger. Aus diesem Grund werde die CDU-Fraktion die Positionen, die unausweichlich sind - wie Baukostensteigerungen und die Sanierung der jetzigen Haupttribüne -, mittragen. Die CDU-Fraktion wird einer diesbezüglichen Erweiterung des Verhandlungsmandats des Ober-

Ihr starker Partner in allen Immobilienfragen



Kaiserallee 89a
76185 Karlsruhe
0721 9 84 70-0
www.hug-ka.de



H&G Haus & Grund
Verwaltungs GmbH
Karlsruhe



**Vermieten.
Verkaufen.
Verwalten.**

bürgermeisters zustimmen, allerdings nicht um jeden Preis. „Die CDU-Fraktion erwartet, dass sich der KSC in den weiteren Verhandlungen mit Lösungsmöglichkeiten zur Finanzierung der anstehenden Kosten konstruktiv und in angemessener Höhe beteiligt“, so Wolfram Jäger. Wenn der Kostenrahmen ausgeweitet werden muss, dann erscheint eine angemessene Beteiligung des KSC angebracht. Ebenso erscheinen etwaige Zusatzforderungen des KSC nur mit Drittmitteln realisierbar.

CDU-Fraktion ist für zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen beim Baden-Airpark

Pressemitteilung vom 17. April 2008

Nach Ansicht der CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe ist der Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden ein entscheidender und zentraler Standortfaktor für die gesamte TechnologieRegion Karlsruhe. „Maßnahmen, die zu einer weiteren Stärkung des Regionalflughafens führen und damit letztlich auch einen nachhaltigen Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Region haben, begrüßen wir daher ausdrücklich“, erklärte Fraktionsvorsitzender Wolfram Jäger. Unabdingbare Voraussetzung sei aber, dass die Landesregierung Mittel für die erforderlichen infrastrukturellen Maßnahmen bereitstellt. Hierzu zählen insbesondere die Verwirklichung eines direkten Autobahnanschlusses an den Baden-Airpark sowie Direktverbindungen im Bereich des ÖPNV, zum Beispiel: Bahnhof Baden-Airpark. ■

Manfred Groh MdL: Sanierung der L 623 bis spätestens 2011

Manfred Groh hat sich bei Staatssekretär Rudi Köberle für eine baldige Sanierung der L 623 zwischen Grünwettersbach und Wolfartsweier eingesetzt. In seinem Schreiben vom 11. März hat Groh den Zustand dieser Straße beklagt.

Staatssekretär Köberle aus dem Innenministerium hat daraufhin mitgeteilt, dass sich nach der Zustandserfassung des Landes für Landesstraßen dieser Abschnitt in einem mittelmäßigen Zustand befindet und andere Straßen, die sich in einem weitaus schlechteren Zustand befinden, notwendigerweise vordringlich in Stand gesetzt werden müssen.

Dennoch ist geplant, die Sanierung dieses Streckenabschnittes bis spätestens 2011 durchzuführen. Mit dieser Zusage zeigten sich Manfred Groh und der für Wettersbach und Wolfartsweier zuständige Stadtrat Tilmann Pfannkuch zufrieden. ■



Katrin Schütz MdL:

Jugendliche aus Karlsruhe schauen hinter Kulissen des Landtags



60 Jugendliche im Alter von 15 bis 17 Jahren Karlsruhe besuchten die CDU-Landtagsabgeordnete Katrin Schütz, um sich vor Ort ein Bild von

der Arbeit im Landtag von Baden-Württemberg zu machen und hinter die Kulissen des Landtags zu blicken. ■

„Die Arbeit hier im Landtag und im Wahlkreis ist sehr vielseitig,“ ging Katrin Schütz MdL auf die zahlreichen Fragen der Jugendlichen ein. Insbesondere interessierten sie sich für die Themen Studiengebühren, Bildung und Schulsysteme, G 8 sowie die Jugendkriminalität.

Viele Eltern, so Schütz, seien überfordert. „Die Politik muss hier etwas unternehmen, aber Erziehungscamps sind meines Erachtens der falsche Weg. Wir müssen präventiv eingreifen und insbesondere das Selbstbewusstsein der Jugendlichen stärken, damit sie neugierig auf Wissen sind und den richtigen Weg einschlagen“, so die Christdemokratin.

Die Abgeordnete appellierte an die Jugendlichen, sich nicht der allgemeinen Politikverdrossenheit anzuschließen, sondern sich vor Ort, sei es im Verein, in einer politischen Jugendorganisation oder in Gremien im vorpolitischen Raum, einzubringen, und so Veränderungen zu bewirken. Ein Rundgang durch die Fraktionsräume der CDU sowie eine Führung durch eine Sonderausstellung im benachbarten Haus der Geschichte rundeten das Besuchsprogramm ab. ■

Katrin Schütz MdL: Schulamts kommt nach Karlsruhe

Das Schulamt für den Stadt- und Landkreis Karlsruhe wird seinen Sitz in Karlsruhe haben, dies teilt die örtliche CDU-Landtagsabgeordnete Katrin Schütz, mit. Die Bekanntgabe der Entscheidung des Kabinetts und der CDU-Landtagsfraktion, dass Karlsruhe zukünftig Standort sein wird, wertet Katrin Schütz, als sachlich richtig, notwendig und im Sinne von Karlsruhe. Diese Standortentscheidung



vereint fachliche Aspekte, soziale Belange und trägt der Arbeit Rechnung, die das Schulamt in den vergangenen Jahren geleistet hat. Im Rahmen der Evaluierung der Verwaltungsreform sei, so Katrin Schütz, entschieden worden, dass die Schulämter wieder aus den Landratsämtern herausgelöst und zu staatlichen unteren Sonderbehörden gemacht werden. Gleichzeitig werde der Bezirk der Schulämter vergrößert, so dass auch zukünftig der Stadt- und Landkreis Karlsruhe einen Schulamtsbezirks bilden. Die vielfältigen Anstrengungen, Gespräche und Aktivitäten zum Erhalt des Schulamtes haben sich gelohnt und sind auf fruchtbaren Boden gefallen. Das Land habe neben regionalpolitischen Aspekten anerkannt, wie hervorragend die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern in Karlsruhe ist.

Das Schulamt Karlsruhe wird künftig mit elf Schulräten 210 Schulen (davon: 153 Grund- und Hauptschulen, 24 Realschulen, 28 Sonderschulen), fünf Schulkindergärten und sechs Privatschulen mit rund 53.605 Schülern im Stadt- und Landkreis betreuen. ■

Katrin Schütz MdL: Gemeinsamer Einsatz zur Verbesserung der Studienbedingungen an der Universität Karlsruhe

Einen großen Erfolg für die Studierenden der Fachrichtungen Maschinenbau, Mechatronik und Elektro- und Informationstechnik im Diplomstudiengang an der Universität Karlsruhe (TH) kann die CDU-Landtagsabgeordnete Katrin Schütz vermelden. „Wie mir Wissenschaftsminister Frankenberg mitteilte, wird die Erhöhung der BAföG-Förderungshöchstdauer auf zehn Semester für einen Übergangszeitraum toleriert“, so Schütz.

Immerhin sind von der Regelung im Diplomstudiengang Maschinenbau 2.766 Studierende betroffen. Darunter sind rund 500 BAföG-Empfänger, die bislang für das zehnte Semester keine finanzielle Unterstützung mehr erhalten haben.

Nachdem die alte Prüfungsordnung eine Regelstudienzeit von neun Semestern mit einer

ebenso langen BAföG-Förderungsdauer vorsah, beträgt nach der seit 2003 geltenden Prüfungsordnung die Regelstudienzeit zehn Semester, die Durchschnittsstudienzeit liegt gar bei 12 Semestern. BAföG-Leistungen hingegen wurden nur bis zum neunten Semester bezahlt. Die Landtagsabgeordnete Katrin Schütz hatte sich im Schulterchluss mit dem Dekan der Fakultät für Maschinenbau der Universität, Prof. Dr.-Ing. Martin Gabi, sowie dem Vorsitzenden der Fachschaft Maschinenbau und Chemieingenieurwesen, Benedikt Wiegert, an den Wissenschaftsminister gewandt und auf die Problematik hingewiesen.

Nach eingehender Prüfung des Sachverhalts hat das Wissenschaftsministerium das Amt für Ausbildungsförderung am Studentenwerk Karlsruhe angewiesen, für die Diplomstudiengänge

Maschinenbau, Mechatronik und Elektro- und Informationstechnik, eine Förderungsdauer von zehn Semestern zu Grunde zu legen.

„Die Richtigstellung der Förderungsdauer war die logische Konsequenz. Sie bedeutet für unsere Studierenden gerade in der prüfungsintensiven Endphase ihres Studiums eine erhebliche Erleichterung, da sie sich auf den Studienabschluss konzentrieren können“, so Professor Dr. Gabi.

„Unsere Bemühungen haben sich gelohnt und wurden im Sinne der Studierenden positiv beschieden. Einmal mehr wird deutlich, dass man Politik gestalten und Verbesserungen erreichen kann“, so Katrin Schütz, die stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst. ■

MIT fordert: Steuern runter und Soli niedriger!

Die fast 100 Mitglieder zählende Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Karlsruhe (MIT) blickt auf ein erfolgreiches Jahr zurück, hat aber ihren Fokus noch mehr auf die Zukunft gerichtet. Fast 40 Mio. Menschen zahlen in Deutschland Steuern, so Gregor Wick, Vorsitzender der MIT, und diese große Mittelschicht müsse die CDU wieder ins Auge fassen, und für sie etwas tun. Dann würde die CDU aus der Schwäche der SPD endlich

und Weiterbildung investiert werden. Deutschland könne es sich nicht leisten, junge Menschen mit Migrationshintergrund nicht noch besser zu fördern. Auch dort sei Potenzial, dass man fordern und fördern müsse. Hauptthema seines Referates war die Soziale Marktwirtschaft. Sie sei anders als der Sozialstaat nicht im Grundgesetz verankert und müsse sich von daher täglich aufs Neue als leistungsstärkste soziale Ordnung bewähren. Die MIT sieht Ibbeken in der Pflicht, die CDU mehr daran zu erinnern. Die CDU kämpft für Wohlstand, die Linken für Wohlfahrt. Das eine setze Eigenverantwortung voraus, das andere bremse die Bürger in ihrer freien Entwicklung, so Peter Ibbeken.

Katrin Schütz MdL gab einen aktuellen Überblick über ihre Arbeit im Landtag und nahm wichtige Hinweise zum Thema Neugründer-Beratung entgegen. Hier drohten durch europäische Gesetzgebung den Kammern (Selbstverwaltung der Unternehmen) Hoheitsrechte zugunsten von Kommunen entzogen zu werden, worauf Stadtrat Dr. Klaus Heilgeist hinwies..

Im Zuge der Jahreshauptversammlung wurde der Vorstand komplettiert. Neuer Schriftführer wurde Elektromeister Karsten Lamprecht. Als Beisitzer kamen Rechtsanwältin Inka Sarnow und der Versicherungskaufmann Oliver Storm hinzu. Die 10-köpfige Gruppe der Delegierten für den MIT-Landtag führt Gregor Wick an. Diethard Atzler, Carsten Bergfeld, Johannes Krug, Steffen Schmid, Ursula Weber, Marco Mossa, Volker Storm, Inka Sarnow und Stefan Sprenger gehören dazu. ■



v. l. unseren MIT-Ehrenvorsitzenden Stadtrat Dr. Klaus Heilgeist, Katrin Schütz MdL, Peter Ibbeken, Geschäftsführer der Diehl-Gruppe und Gregor Wick, Vorsitzender der MIT Nordbaden und der MIT Karlsruhe-Stadt.

wieder eigene Stärke machen, so Gregor Wick. Die CDU müsse zur Steuersenkungspartei werden und vor allem Vertrauen zurückgewinnen. Die Abwanderung junger Fachkräfte müsse gestoppt werden und der „Soli“ endlich zurückgefahren werden, so Wick.

Auf Karlsruhe bezogen plädierte Wick dafür, sich aufgrund der Verteuerung der Umbaumaßnahmen weiter intensiv mit der Situation des Stadions zu befassen und einen Neubau an der Autobahn mit in die Überlegungen einzubeziehen. Denke man z. B. an München, Gelsenkirchen oder Mönchengladbach, so seien dort Vorbilder entstanden, an denen man sich orientieren könne.

Auch Peter Ibbeken, Geschäftsführer der Diehl-Gruppe am Bodensee, machte auf den sich anbahnenden Fachkräftemangel aufmerksam. Es müsse viel mehr in Bildung



v. l. Gregor Wick, Steffen Schmid (Vors. MIT Durlach), Peter Ibbeken (GF der Diehl-Gruppe), Wolfgang Taubert (Ehrenvors. MIT Mannheim) und Carsten Bergfeld (MIT Präsidium Nordbaden).

Leider immer aktuell – IGFM und AK-Grundsatzfragen aktiv für Menschenrechte

Es war dieses Jahr nicht nur das Wetter, das im April seine Kapriolen schlug. Nach den erfreulichen Entwicklungen seit dem Ende des Kalten Krieges 1989 hat sich in den letzten Jahren die Menschenrechtsslage weltweit wieder verschlechtert. Tibet, Simbabwe, Pakistan, aber auch die Türkei - die Stichworte der letzten Wochen genügen.

Für uns war dies Anlass, gemeinsam mit dem Karlsruher Arbeitskreis der IGFM (Internationale Gesellschaft für Menschenrechte) am 10. April einen Stand am Marktplatz zu organisieren, an dem wir Unterschriften für Verfolg-



Gregor Wick, MIT-Chef, besuchte u. a. Frau Dr. Renate Seyrich beim IGFM-Infostand anlässlich des Jahrestages der Christen-Tötungen vom 18. April 2007 in Malatya. Auch der Journalist Hrant Dink wurde hinterrücks in der Türkei ermordet. Daran zu erinnern, sei wichtig, gerade wegen der Ermordeten und der Heimtücke, der sie zum Opfer fielen.



v. l. Johannes Krug, Leiter des AK-Grundsatzfragen der CDU, Martin und Agnes Straub (beide IGFM) diskutierten mit zahlreichen Passanten beim IGFM-Stand.



Einen Besuch stattete Rüdiger Köbke, Chef der CDU Stadtmitte, dem IGFM-Stand ab. Insgesamt gab es Kontakte zu rund 750 Passanten am Karlsruher Marktplatz, die teilweise sehr interessiert an den IGFM-Menschenrechts-Aktivitäten waren.

te aus zahlreichen Ländern gesammelt und Informationen zur Menschenrechtsslage und der mangelnden Religionsfreiheit u. a. im EU-Beitrittskandidat Türkei gegeben haben. So jährte sich am 18. April der Jahrestag der bestialischen Ermordung dreier Christen in Malatya, zweier türkischer Konvertiten und eines deutschen Pastors. Nasskalt und windig war das Wetter - die Resonanz der Karlsruher hingegen freundlich und positiv. So kamen über 600 Unterschriften zusammen, besonders für die langjährigen Straßenwahlkämpfer unter uns, es waren u. a. Dr. Renate Seyrich, Gregor Wick und Stefan Sprenger, war das einmal ein ganz anderes Gefühl. Freundlich angenommene Flugblätter, aufmunternde Worte, Zustimmung und immer wieder der Satz „Endlich macht einmal jemand was zu diesem Thema...“ Auch aus den Reihen der Karlsruher CDU kam der eine oder andere vorbei, der über das Internet tags zuvor von unserem Stand erfahren hatte. Zum Einsatz kam übrigens ein Wahlkampfstand der CDU, neutral verkleidet. Also eine rundum gelungene Aktion, sollte man meinen.

Leider ist es nicht so, denn der Anlass ist mehr als traurig. Die aktuellen Ereignisse in Tibet und das beschämende Trauerspiel um den olympischen Fackelzug haben viele Karlsruher aufgewühlt, die Verfolgung der Christen gerade in der islamischen Welt ist gerade auch für zahlreiche Deutsche in den letzten Jahren zum Thema geworden. Zum Teil war die Skepsis gegenüber zahlreichen islamischen Verbänden, die sich nicht nur in Deutschland mit der Eingliederung in eine freiheitliche, tolerante und demokratische Gesellschaft schwer tun, mit Händen zu greifen. Dass in der Türkei, von anderen islamischen Ländern ganz zu schweigen, Christen praktisch Bürger zweiter Klasse sind und ein Kirchenbau ausgeschlossen ist, während bei uns z. T. mit staatlicher Förderung zahlreiche Moscheen gebaut werden und man sich um eine Einbindung des Islams aktiv bemüht, stößt bei manchem Karlsruher auf Verbitterung. Wenn Karlsruher Gymnasiasten in perfektem, akzentfreien Deutsch davon berichten, dass ihre Verwandten im Irak vertrieben und ermordet werden, nur weil sie Christen sind, wenn ein anderer Passant erzählt, dass die Familie seiner Frau in den nächsten Monaten in die Schweiz und nach Deutschland zieht, da sie - trotz EU-Perspektive - in ihrer türkischen Heimat aufgrund ihres christlichen Glaubens benachteiligt und bedroht werden. Dahinter steht eben die Erfahrung, dass die Zahl der Christen auf dem Gebiet der heutigen Türkei in den letzten 100 Jahren von mehreren Millionen auf ca. 100.000 geschrumpft (worden) ist, während zugleich Westeuropa seit den 1950er Jahren zur Heimat von mehr als 10 Millionen Muslimen geworden ist. Und in anderen Ländern der Region scheint sich diese Entwicklung zurzeit fortzusetzen.

Auch in Zukunft will sich der AK Grundsatzfragen, u. a. in der bewährten Zusammenarbeit mit der IGFM, der Frage der Menschenrechte im Allgemeinen und des Islams im Besonderen stellen. EU-Erweiterung, islamistischer Terrorismus auch in Deutschland, Globalisierung und Zuwanderung lassen uns leider keine andere Wahl.

Johannes Krug

Herausgeber:
 CDU-Kreisverband Karlsruhe-Stadt, Waldstr 71a, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 / 9 12 69-0
 eMail: mail@cdu-karlsruhe.de, Internet: www.cdu-ka.de

Verantwortlich:
 Kreisteil: Ingo Wellenreuther
 Landesteil: Dr. Tobias C. Bringmann, Pressesprecher CDU Baden-Württemberg
 Hasenbergstr. 49 b, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 66 904 - 0, Fax - 50
 eMail: presse@cdu-bw.de

Verlag, Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung:
 SDV Service-Gesellschaft für Druck, Verlag und Vertrieb mbH
 Augustenstr. 44, 70178 Stuttgart, Tel. 07 11 / 66 905 - 0, Fax - 99, Leonardo 65 67 194
eMail SDV: service@sdv-stuttgart.de, **eMail CDU INTERN:** intern@sdv-stuttgart.de
 Geschäftsführerin: Bernadette Eck (-25)
 Anzeigen: Sabine Gellrich (-23)
 Internetbeauftragter: Wolfgang Espenhain (-18)
 Satz & Planung: Karin Richter (-12), Fax -55
 Gestaltung dieses CDU INTERN: Karin Richter (-12), Fax -55

Bezugspreis:
 Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.
 CDU INTERN ist das offizielle Mitteilungsblatt des Kreisverbandes Karlsruhe-Stadt.
 Es erscheint monatlich für alle Mitglieder.

Absender: CDU-Kreisverband Karlsruhe-Stadt
 Waldstraße 71a, 76133 Karlsruhe
 PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, E 10119

Die SDV im Internet  <http://www.sdv-stuttgart.de>

Merk - würdiges

Veranstaltungen der CDU und Stammtische
 - die Gelegenheit, sich zu informieren

OV Mühlburg

Mittwoch, 14. Mai, 19.00 Uhr,
 Stammtisch, „Da Nino“,
 Hardtstraße 22

OV Oberreut

Mittwoch, 14. Mai, 20.00 Uhr,
 Mittwochsgespräch,
 Gemeinschaftszentrum
 „Weiße Rose“

RACDJ

Donnerstag, 12. Juni, 18.30 Uhr,
 Spargelessen des RACDJ,
 Gasthaus Hirsch in Hügelsheim,
 Anmeldung erforderlich

OV Südstadt

Mittwoch, 21. Mai, 19.30 Uhr,
 Stammtisch, „Tortuga“,
 Rüppurrer Straße

Senioren Union

Freitag, 30. Mai, 15.00 Uhr,
 Mitgliederversammlung,
 „Kolpinghaus“,
 Karlstraße 115

OV Wettersbach

Dienstag, 27. Mai, 20.00 Uhr,
 Stammtisch,
 „Waldenserschänke“, Palmbach

**Sprechstunde für Vertriebene
 und Flüchtlinge**
 – jeden 1. Mittwoch im Monat,
 15.00 bis 17.00 Uhr,
 nach telefonischer Voranmeldung
 bei Frau Erna Pacer,
 Tel. 07 21 - 831 45 70
 KGS, Waldstr. 71a

RACDJ – Einladung des Regional Arbeitskreises Christlich- Demokratischer Juristinnen und Juristen

Auch in diesem Jahr soll eine liebe Tradition, das Spargelessen in Hügelsheim, fortgesetzt werden. Ehepartner/-in, Freunde des RACDJ und Gäste sind herzlich willkommen.

**Wir wollen uns zum Spargelessen und
 gemütlichem Gespräch treffen am
 Donnerstag, den 12. Juni 2008, 18.30 Uhr**

**Gasthaus Hirsch, Hauptstraße 28
 in 76549 Hügelsheim (07229/4255).**

Anfahrt u.a. über BAB 5, Ausfahrt Flughafen Karlsruhe/Baden - Baden, B 36 Richtung Flughafen, an Hauptstraße in Hügelsheim. **Anmeldung:** Herr RiaBGH a.D Tropic hat dieses Treffen organisiert und mind. 20 Plätze reservieren lassen. Ich bitte Sie, um einen Überblick über die Teilnehmerzahl zu gewinnen und gegebenenfalls organisatorisch nachsteuern zu können, mitzuteilen, ob und mit wie viel Personen Sie teilnehmen möchten. Diese Anmeldung wird erbeten bis spätestens **06. Juni 2008** bei Herrn RiaBGH a.D. Tropic unter Tel.: 0721 - 407 367 bzw. via mail.: „kftropic@t-online.de“, oder via mail: staab@lgkarlsruhe.justiz.bwl.de bzw. Telefon: 0721 - 9266064 oder über die CDU - Geschäftsstelle, Stichwort „Spargelessen“.